

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Frau Eid, Frau Rust, Vollmer und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1989

hier: Einzelplan 23

**Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit
— Drucksachen 11/2700 Anlage, 11/3219, 11/3231 —**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die aus dem Bundeshaushalt (Einzelplan 23) in vergangenen Jahren an die Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern (DEG) gezahlten Gelder in vollem Umfang zurückzufordern. Die zurückfließenden Gelder sollen über den Einzelplan 23 ausschließlich für Selbsthilfeprojekte der ärmsten Bevölkerungsschichten und für ökologische Vorhaben eingesetzt werden.

Bonn, den 17. November 1988

Frau Eid

Frau Rust

Vollmer

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion

Begründung

Da die DEG in Zukunft nach privatwirtschaftlichen Kriterien rentabel arbeiten und die Außenwirtschaftsinteressen der bundesdeutschen Wirtschaft ohne entwicklungspolitische Vorgaben vertreten soll, sollte auch ihr Eigenkapital von der Privatwirtschaft aufgebracht werden. Die in der Vergangenheit aus dem Bundeshaushalt geleisteten Zahlungen sind deshalb einer entwicklungspolitischen Verwendung zuzuführen.

